

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/9290, 15/9508

Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 (BayBVAnpG 2007/2008) und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften¹⁾

§ 1

2032-8-F

Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 (BayBVAnpG 2007/2008)

Art. 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter des Freistaates Bayern sowie Beamtinnen und Beamte der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts; ausgenommen sind die Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist,
2. Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger sowie Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare,
3. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger mit Anspruch auf Versorgungsbezüge gegen die unter Nr. 1 genannten Dienstherren.

(2) ¹Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände. ²Es gilt auch nicht für Anwärterinnen und Anwärter, die sich bereits am 31. Dezember 1998 in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf befunden haben.

1) Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl EU Nr. L 255 S. 22).

(3) Soweit in anderen Rechtsnormen auf Vorschriften und Anlagen Bezug genommen wird, die durch Art. 2 Abs. 4 und 5 ersetzt werden, gilt insoweit dieses Gesetz.

Art. 2

Anpassung der Besoldung

(1) Um 3 v. H. werden ab 1. Oktober 2007 erhöht

1. die Grundgehaltssätze, die Amtszulagen, die allgemeine Stellenzulage, der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 und die Anwärtergrundbeträge ausgehend von den sich aus den Anlagen IV, V, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung ergebenden Beträgen,
2. die Beträge der Zulagen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
3. die Beträge der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
4. die Amtszulagen nach Anlage 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) in der am 30. September 2007 geltenden Fassung,
5. die Grundgehaltssätze für Ämter der Bayerischen Besoldungsordnung HS kw nach Teil 2 des Anhangs zu den Besoldungsordnungen der Anlage 1 BayBesG in der am 30. September 2007 geltenden Fassung,
6. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
7. die Grundgehaltssätze in der am 31. August 2006 nach § 77 Abs. 2 und 3 des Bundesbesoldungsgesetzes geltenden Bundesbesoldungsordnung C sowie die allgemeine Stellenzulage zu Besoldungsgruppe C 1 ausgehend von den sich aus Anlage 1 zur Bekanntmachung nach § 77 Abs. 1 bis 3 des Bundesbesoldungsgesetzes und nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 10. September 2003 (BGBl I S. 1843) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung ergebenden Beträgen,
8. die in festen Beträgen festgesetzten Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Nummern 1 und 2 der Vorbemerkungen der Anlage II zum Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den sich aus den Grundgehaltssätzen der Nr. 7 ergebenden Beträgen.

(2) Die Erhöhung nach Abs. 1 gilt entsprechend für

1. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge, die nach Art. 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl I S. 322), geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl I S. 334), fortgelten,
2. die besonderen Grundgehaltssätze, die bei Vereinheitlichung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern 1975 als fortgeltendes Recht festgelegt worden sind, sowie Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder sonstige festgesetzte Grundgehaltssätze.

(3) Der Familienzuschlag nach Abs. 1 Nr. 1 wird für das dritte und jedes weitere Kind um 50 € erhöht.

(4) Die Anlagen IV, V, VIII und IX zum Bundesbesoldungsgesetz werden durch die **Anlagen 1 bis 4, 7, 9 und 10** dieses Gesetzes ersetzt, aus denen sich die erhöhten Beträge nach Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 ergeben.

(5) Die Anlage 1 zur Bekanntmachung vom 10. September 2003 (BGBl I S. 1843) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung wird durch die **Anlage 5** dieses Gesetzes ersetzt, aus der sich die erhöhten Beträge nach Abs. 1 Nr. 7 ergeben.

(6) Die erhöhten Beträge nach Abs. 1 Nrn. 4 und 5 ergeben sich aus den **Anlagen 8 und 6** zu diesem Gesetz.

Art. 3 Anpassung der Versorgung

(1) ¹Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gilt die Erhöhung nach Art. 2 entsprechend für die in Art. 2 § 2 Abs. 4 und 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 (BBVAnpG 95) vom 18. Dezember 1995 (BGBl I S. 1942), geändert durch Art. 61 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl I S. 334), und in Art. 14 § 1 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl I S. 322), geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl I S. 334), genannten Bezügebestandteile. ²Satz 1 gilt entsprechend für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1.

(2) Ab dem 1. Oktober 2007 werden um 2,9 v. H. erhöht:

1. Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist,
2. Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, die Versorgungsbezüge nach Nr. 1 erhalten haben und nach dem 30. Juni 1997 verstorben sind,
3. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

(3) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der

Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Oktober 2007 um 49,14 €, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 31. Dezember 1989 geltenden Fassung bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

(4) Für die Anwendung versorgungsrechtlicher Vorschriften gilt die Anpassung nach den Abs. 1 bis 3 und Art. 2 als Anpassung im Sinn des § 70 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl I S. 323, 847, 2033), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBl I S. 1652).

Art. 4 Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2006 (GVBl S. 1056), wird wie folgt geändert:

1. Art. 18 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. Art. 32 Abs. 9 Satz 2 wird gestrichen. Die Satzbezeichnung 1 entfällt.
3. In Anlage 1 wird im Anhang zu den Besoldungsordnungen Teil 2 aufgehoben.
4. Anlage 2 wird aufgehoben.

Art. 5 Übergangsbestimmungen

(1) § 81 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt als Landesrecht mit der Maßgabe, dass das Datum „31. Dezember 2007“ durch das Datum „31. Dezember 2010“ ersetzt wird.

(2) In § 6 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2000 (GVBl S. 928) wird das Datum „31. Dezember 2007“ durch das Datum „31. Dezember 2010“ ersetzt.

(3) In Ergänzung zu Art. 2 Abs. 1 Nr. 3 ist die Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung mit der Maßgabe anzuwenden, dass § 3 Abs. 2, § 5 Abs. 2 Nr. 2 und im Fall des Art. 80 Abs. 5 des Bayerischen Beamtengesetzes in der Fassung des § 2 Nr. 2 Buchst. b dieses Gesetzes § 3 Abs. 1 Nr. 3 keine Anwendung finden.

(4) § 5 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Wartefrist von drei Jahren eine Wartefrist von zwei Jahren tritt.

(5) § 53 des Beamtenversorgungsgesetzes ist bei Ruhestandsbeamten, die nach Art. 55 Abs. 1, Art. 135, Art. 136 oder Art. 138 des Bayerischen Beamtengesetzes in den Ruhestand getreten sind, mit der Maßgabe anzuwenden,

dass Verwendungseinkommen ab dem Kalenderjahr, in dem der Ruhestandsbeamte das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet, mit dem Einkommen des Kalenderjahres geteilt durch zwölf Kalendermonate anzusetzen ist.

(6) Abweichend von Art. 1 Abs. 3 und Art. 2 Abs. 1 und 4 gilt Art. 10 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (BayRS 1102-1-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 7. Dezember 2004 (GVBl S. 489), in der Zeit vom 1. Oktober 2007 bis 30. September 2008 mit der Maßgabe, dass bei der Bemessung des Amtsgehalts von einem Grundgehalt der Besoldungsgruppe B 11 in Höhe von 10.353,56 € auszugehen ist.

§ 2

Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

Das Bayerische Beamtengesetz (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 9. Juli 2007 (GVBl S. 442), wird wie folgt geändert:

1. Art. 22a Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Laufbahnbefähigung kann auch auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl EU Nr. L 255 S. 22) erworben werden.“

2. Art. 80 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „für einen Zeitraum bis zu 480 Stunden im Jahr“ gestrichen.

b) Es wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Werden Lehrkräfte an öffentlichen Schulen vor dem 31. Juli 2011 durch eine dienstlich angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit mehr als drei Unterrichtsstunden im Monat über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus beansprucht, ist ihnen abweichend von Abs. 2 Sätze 2 und 3 innerhalb von drei Monaten für die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Mehrarbeit entsprechende Dienstbefreiung zu gewähren, wenn sie Fächer unterrichten, in denen ein außergewöhnlicher Bewerbermangel besteht. ²Ist die Dienstbefreiung nach Satz 1 aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich, so können an ihrer Stelle Lehrer in Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern eine Vergütung erhalten. ³Der Vorrang der Gewährung von Dienstbefreiung entfällt, wenn die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in den Fächern Mathematik und Informatik sowie in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern an Gymnasien, Realschulen und an beruflichen Schulen es zwingend erfordert und das Staatsministerium der Finanzen zustimmt. ⁴Ausgaben nach den Sätzen 2 und 3 sind im Einzelplan gegen zu finanzieren durch gezielte Sperre freier und besetzbarer Stellen oder bei den übrigen Personalausgabemitteln.“

§ 3

Änderung der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamten

Die Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamten (Laufbahnverordnung – LbV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1996 (GVBl S. 99, ber. S. 220, BayRS 2030-2-1-2-F), zuletzt geändert durch § 2 der Verordnung vom 4. April 2006 (GVBl S. 180), wird wie folgt geändert:

1. § 9a wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 werden die Worte „§ 1 Abs. 3 des Bundeserziehungsgeldgesetzes (BERzGG)“ durch die Worte „§ 1 Abs. 3 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG)“ ersetzt.

b) In Abs. 3 wird „BERzGG“ durch „BEEG“ ersetzt.

c) In Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „zwölf Monate“ durch die Worte „24 Monate“ ersetzt.

2. In § 11 Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „zwölf Monate“ durch die Worte „24 Monate“ ersetzt.

3. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 Halbsatz 1 wird „BERzGG“ durch „BEEG“ ersetzt.

b) In Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 Halbsatz 2 werden die Worte „zwölf Monate“ durch die Worte „24 Monate“ ersetzt.

4. § 62 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) ¹Die Anrechnung von Erziehungszeiten für vor dem 1. Januar 2008 geborene Kinder, die über die gemäß § 62 Abs. 4 in der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Fassung anzurechnenden Zeiten hinausgehen, erfolgt nur auf Antrag und mit Wirkung für die Zukunft. ²Die Anrechnung nach Satz 1 erfolgt auch für Kinder, die zum 1. Januar 2008 das achte Lebensjahr bereits vollendet haben.“

§ 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2007 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten § 1 Art. 5 Abs. 3 und § 2 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. September 2007 und § 1 Art. 5 Abs. 5 und § 3 am 1. Januar 2008 in Kraft.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Besoldungsordnung A

Anlage 1

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2007

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1.518,83	1.555,50	1.592,18	1.628,86	1.665,54	1.702,24	1.738,93					
A 3	1.582,17	1.621,20	1.660,23	1.699,25	1.738,30	1.777,34	1.816,37					
A 4	1.618,10	1.664,08	1.710,01	1.755,97	1.801,92	1.847,88	1.893,82					
A 5	1.631,18	1.690,02	1.735,75	1.781,45	1.827,18	1.872,89	1.918,61	1.964,33				
A 6	1.669,81	1.720,01	1.770,21	1.820,40	1.870,59	1.920,80	1.971,01	2.021,20	2.071,39			
A 7	1.743,19	1.788,31	1.851,48	1.914,64	1.977,80	2.040,97	2.104,15	2.149,24	2.194,35	2.239,49		
A 8		1.852,40	1.906,37	1.987,31	2.068,26	2.149,20	2.230,17	2.284,13	2.338,08	2.392,06	2.446,01	
A 9		1.973,57	2.026,68	2.113,07	2.199,45	2.285,85	2.372,24	2.431,62	2.491,03	2.550,41	2.609,81	
A 10		2.126,54	2.200,33	2.311,00	2.421,71	2.532,39	2.643,08	2.716,87	2.790,66	2.864,44	2.938,23	
A 11			2.451,34	2.564,75	2.678,16	2.791,59	2.905,01	2.980,62	3.056,23	3.131,86	3.207,47	3.283,07
A 12			2.636,31	2.771,53	2.906,74	3.041,97	3.177,19	3.267,34	3.357,47	3.447,62	3.537,78	3.627,92
A 13			2.967,39	3.113,41	3.259,44	3.405,45	3.551,46	3.648,81	3.746,15	3.843,50	3.940,85	4.038,20
A 14			3.088,36	3.277,73	3.467,07	3.656,42	3.845,77	3.972,00	4.098,24	4.224,47	4.350,71	4.476,95
A 15						4.020,88	4.229,07	4.395,62	4.562,16	4.728,71	4.895,26	5.061,80
A 16						4.440,94	4.681,70	4.874,33	5.066,96	5.259,56	5.452,18	5.644,80

Besoldungsordnung B

Anlage 2

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Oktober 2007

Besoldungsgruppe	Euro
B 1	5.061,80
B 2	5.888,50
B 3	6.238,47
B 4	6.605,03
B 5	7.025,58
B 6	7.422,71
B 7	7.809,02
B 8	8.211,65
B 9	8.711,58
B 10	10.264,04
B 11	10.664,17 ¹⁾

¹⁾ Für das Amtsgehalt der Mitglieder der Staatsregierung gilt bis 30. September 2008 ein Betrag i. H. v. 10.353,56 € (Art. 5 Abs. 2 BayBVAnpG 2007/2008).

Besoldungsordnung R

Anlage 3

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2007

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3.186,76	3.332,78	3.409,66	3.607,95	3.806,24	4.004,53	4.202,83	4.401,13	4.599,41	4.797,72	4.996,00	5.194,31
R 2			3.884,33	4.082,62	4.280,91	4.479,21	4.677,51	4.875,80	5.074,10	5.272,37	5.470,68	5.668,94
R 3	6.238,47											
R 4	6.605,03											
R 5	7.025,58											
R 6	7.422,71											
R 7	7.809,02											
R 8	8.211,65											
R 9	8.711,58											
R 10	10.706,62											

Besoldungsordnung W

Anlage 4

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2007

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3.507,50	4.006,73	4.865,32

Besoldungsordnung C

Anlage 5

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2007

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2.772,70	2.870,05	2.967,39	3.064,73	3.162,10	3.259,44	3.356,77	3.454,12	3.551,46	3.648,81	3.746,15	3.843,50	3.940,85	4.038,20	
C 2	2.778,76	2.933,90	3.089,05	3.244,20	3.399,33	3.554,47	3.709,61	3.864,74	4.019,87	4.175,01	4.330,13	4.485,28	4.640,41	4.795,56	4.950,70
C 3	3.059,89	3.235,55	3.411,22	3.586,88	3.762,54	3.938,21	4.113,85	4.289,51	4.465,17	4.640,84	4.816,49	4.992,15	5.167,81	5.343,46	5.519,12
C 4	3.886,87	4.063,45	4.240,04	4.416,62	4.593,21	4.769,79	4.946,37	5.122,93	5.299,51	5.476,10	5.652,69	5.829,25	6.005,84	6.182,42	6.359,00

Stellenzulagen, Zulagen

(Monatsbeträge)

- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. Oktober 2007

Rechtsgrundlage	Euro	Rechtsgrundlage	Vomhundertsatz	Rechtsgrundlage	Euro
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 2b	73,36	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 3 Die Zulage beträgt in der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ²⁾ A 13 A 15 B 3	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2 Besoldungsgruppe C 2	205,54 230,08 Fußnote 1 104,32

²⁾ Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - [Parlamentspapiere](http://www.bayern.landtag.de) abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de - [Aktuelles/Sitzungen/Tages übersicht](http://www.bayern.landtag.de) zur Verfügung.

Besoldungsordnung HS kw

Anlage 6

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Oktober 2007

Besoldungs- gruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
HS 1 kw	2.806,54	2.923,80	3.041,02	3.158,28	3.275,52	3.392,76	3.510,01	3.627,25	3.744,50	3.861,72	3.978,98	4.096,24	4.213,46	4.330,71	
HS 2 kw	2.835,88	2.962,10	3.088,35	3.214,59	3.340,83	3.467,06	3.593,29	3.719,53	3.845,77	3.972,00	4.098,24	4.224,47	4.350,71	4.476,95	
HS 3 kw	3.118,76	3.257,53	3.396,33	3.535,12	3.673,92	3.812,70	3.951,49	4.090,27	4.229,07	4.367,86	4.506,65	4.645,41	4.784,22	4.923,01	5.061,80
										Sondergrundgehalt bis					5.644,80 ^{*)}
HS 4 kw	3.503,88	3.664,40	3.824,91	3.985,42	4.145,94	4.306,46	4.466,97	4.627,48	4.788,01	4.948,51	5.109,02	5.269,54	5.430,07	5.590,59	5.751,10
										Sondergrundgehalt bis					6.756,67 ^{*)}
^{*)} Zuschuss zur Ergänzung des Grundgehalts bis 1.508,26.															

Amtszulagen, Stellenzulagen, Vergütungen auf Grund des Bundesbesoldungsgesetzes Anlage 7

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Oktober 2007

- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Rechtsgrundlage	Euro, Vomhundertsatz	
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	102,26
§ 48 Abs. 2	bis zu	102,26
§ 78	bis zu	76,69
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		127,82
Nummer 6 Abs. 1		
Buchst. a		460,16
Buchst. b		368,13
Buchst. c		294,50
Nummer 6a		102,26
Nummer 7 Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ³⁾	
A 2 bis A 5	A 5	
A 6 bis A 9	A 9	
A 10 bis A 13	A 13	
A 14, A 15	A 15	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	
B 5 bis B 7	B 6	
B 8 und B 9	B 9	
Nummer 8 Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 5		115,04
A 6 bis A 9		153,39
A 10 und höher		191,73
Nummer 9 Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 10 Abs. 1 Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 12		95,53
Nummer 13a	bis zu	76,69
Nummer 21		182,80
Nummer 25		38,35
Nummer 26 Abs. 1 Die Zulage beträgt in den Laufbahngruppen		
des mittleren Dienstes		17,05
des gehobenen Dienstes		38,35

³⁾ Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Nummer 27		
Abs. 1		
Buchst. a		
Doppelbuchst. aa		16,87
Doppelbuchst. bb		66,00
Buchst. b und c		73,36
Abs. 2		
im Fall des Abs. 1 Buchst. a Doppelbuchst. bb		49,15
im Fall des Abs. 1 Buchst. b und c		73,36
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 2	1	31,51
	2	17,73
	3	58,11
A 3	1, 5	58,11
	2	31,51
A 4	1, 4	58,11
	2	31,51
A 5	3	31,51
	4, 6	58,11
A 6	6	31,51
A 7	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	3, 6	234,59
	7	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8	136,26
A 13	7	163,45
	11, 12, 13	238,40
A 14	5	163,45
A 15	7	163,45
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt bei Verwendung an obersten Staatsbehörden, an obersten Bundesbehörden oder an obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn den Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten kein Richteramt übertragen ist, in den Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ⁴⁾	
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
R 1	1, 2	180,71
R 2	3 bis 8, 10	180,71
R 3	3	180,71

⁴⁾ Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Amtszulagen, Stellenzulagen auf Grund des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Anlage 8

Gültig ab 1. Oktober 2007

(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Rechtsgrundlage		Euro
Bayerische Besoldungsordnungen		
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 9	1	234,59
	2	38,35
A 10	4	38,35
	6	51,13
A 11	2	51,13
A 12	6	136,26
A 13	2, 10	163,45
	6	108,97
A 14	3, 5, 8, 11, 12, 13, 15, 16	163,45
A 15	1	136,26
	4, 5, 9, 10	163,45
	12	136,26
A 16	1, 1. Spiegelstrich 2. Spiegelstrich	136,26
	2	217,90
	5, 7	182,80
A 10 kw	1	46,07
A 13 kw	2	145,91
	3	82,83
A 14 kw	3	190,66
HS 2 kw	3	89,48

Familienzuschlag

Anlage 9

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Oktober 2007

	Stufe 1	Stufe 2
	(§ 40 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz)	(§ 40 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz)
	Euro	Euro
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	103,26	196,01
übrige Besoldungsgruppen	108,44	201,19
<p>Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 92,75 €, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 287,50 €.</p>		

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 €, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 €, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 € und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 €.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 Bundesbesoldungsgesetz

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	95,98 €
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12	101,89 €

Anwärtergrundbetrag

Anlage 10

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Oktober 2007

Eingangssamt, in das die Anwärterin bzw. der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Euro
A 2 bis A 4	730,28
A 5 bis A 8	842,19
A 9 bis A 11	892,23
A 12	1.021,78
A 13	1.051,25
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.083,62

